



Erster Fortschrittsbericht zur Umsetzung der Sicherheitsunion

Europäische Kommission zieht erste Zwischenbilanz zu neuen Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung

Die Europäische Kommission hat am 12.10.2016 über Fortschritte und Herausforderungen beim Kampf der EU gegen Terrorismus, organisiertes Verbrechen und Cyberkriminalität Bilanz gezogen. Dazu veröffentlichte die Generaldirektion Home einen ersten Fortschrittsbericht über die bisherige Umsetzung der neuen Sicherheitsunion. Bei der Vorstellung des Berichts erklärte Kommissar für Migration, Inneres und Wirtschaft, Dimitris Avramopoulos: „Die Fragmentierung unseres Sicherheitsrahmens macht uns alle verwundbar. Es müssen Verbindungen zwischen den zuständigen Stellen der Mitgliedstaaten und zwischen den Mitgliedstaaten, aber auch zwischen den Mitgliedstaaten und den EU-Agenturen sowie zwischen den verschiedenen Sicherheits- und Grenzmanagementsystemen hergestellt werden. Die innere Sicherheit eines Mitgliedstaats ist die innere Sicherheit aller Mitgliedstaaten.“

Der vorliegende Bericht ist der erste einer Reihe monatlicher Berichte über Fortschritte auf dem Weg zu einer Europäischen Sicherheitsunion, die nun mit Julian King auch einen eigenen Kommissar hat. In der Mitteilung der Kommission wird betont, dass bereits bestehenden Rechtsvorschriften der EU besser umgesetzt und die Arbeiten an den von der Kommission vorgelegten sicherheitsrelevanten Vorschlägen beschleunigt werden müssen.

Die in dem Bericht genannten wichtigsten Prioritäten basieren auf zwei Hauptpfeilern, einerseits der Bekämpfung von Terrorismus und Organisiertem Verbrechen sowie der damit verbundenen Unterstützung, und andererseits auf der Stärkung der Verteidigungsmöglichkeiten und der Resilienz gegen diese Gefahren.

Als erstes genannt wird die Verbesserung des Rechtsrahmens zur sowie die Verhinderung und Bekämpfung von Radikalisierung:

- Dazu soll nach Willen der Kommission vor Jahresende eine Einigung über den Kommissionsvorschlag für eine **Richtlinie zur Terrorismusbekämpfung** erzielt werden. Die Richtlinie sei unerlässlich, damit die rechtlichen Rahmenbedingungen in der EU vorhanden sind, um wirksam gegen terroristische Bedrohungen – insbesondere solche durch zurückkehrende ausländische terroristische Kämpfer – vorgehen zu können.
- Die Kommission hat die Implementierung des **Aktionsplans zu der Verstärkung der operationellen Kooperation auf EU-Level gegen das unerlaubte Schmuggeln und die Nutzung von Feuerwaffen und Explosivstoffen** beschleunigt. Vor Jahresende soll auch eine Einigung hinsichtlich der überarbeiteten Fassung der **Feuerwaffen-Richtlinie** erzielt werden. Die Kommission wird die beiden gesetzgebenden Organe weiterhin drängen, ihre ehrgeizigen Ziele aufrechtzuerhalten,
- Die Kommission hat im Februar 2016 weitere **Erweiterungen für die Vierte Geldwäscherichtlinie** vorgeschlagen. Diese Änderungen sollen vor allem die neuen Finanzierungsarten von Terrorismus miteinbeziehen, so z. B. virtuelle Währungen und Prepaid-Karten. Die europäischen Gesetzgeber haben bereits begonnen, an ihren jeweiligen Positionen zu arbeiten, der Trilog dazu soll Anfang 2017 beginnen. Am 14.07.2016 veröffentlichte die Kommission als Delegierten Rechtsakt (Annex zur Richtlinie) eine Liste von elf Drittstaaten, die bisher erhebliche Defizite bei der Bekämpfung von Geldwäsche zum Nutzen der Terrorismusfinanzierung aufweisen, dies sind Afghanistan, Bosnien-Herzegowina, Guyana, Irak, Laos, Syrien, Uganda, Vanatu, Yemen, Iran und

Die Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Brüssel informiert



Nordkora. Banken müssen nun zusätzliche Untersuchungen und Überprüfungen vornehmen, wenn Geldflüsse aus diesen Ländern in die EU verzeichnet werden.

- Die Kommission hat Maßnahmen ergriffen, um den Zugang zu Ausgangsstoffen, die zur eigenen **Herstellung von Explosivstoffen** verwendet werden können, zu erschweren und die uneingeschränkte Anwendung der Verordnung über die Vermarktung und Verwendung von Ausgangsstoffen für Explosivstoffe sicherzustellen. Zu diesem Zweck wurden weitere bedenkliche Ausgangsstoffe, die in die Verordnung aufzunehmen sind, ermittelt. Sie werden ebenfalls auf die Liste der Substanzen gesetzt, die einer verstärkten Kontrolle durch die Kommission unterliegen.

- Die Mitgliedstaaten sollten dringend die erforderlichen Schritte zur Einrichtung ihrer **Fluggastdaten(PNR)-Zentralstellen** unternehmen, um sicherzustellen, dass sie allen Vorgaben der PNR-Richtlinie der EU bis spätestens Mai 2018, der Frist für die vollständige Umsetzung der Richtlinie, nachkommen können. Um die Mitgliedstaaten dabei zu unterstützen, ihre Arbeiten voranzutreiben, wird die Kommission weitere 70 Mio. Euro an EU-Mitteln bereitstellen und bis November 2016 einen Umsetzungsplan mit Etappenzielen vorlegen, die die Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Zentralstellen erreichen müssen. Bisher hat nur das Vereinigte Königreich eine solche Zentralstelle eingerichtet, Frankreich und Ungarn werden die Arbeiten daran wohl bis Ende des Jahres abschließen.

Strengthening the fight against terrorism requires effective action to cut off the support that terrorists benefit from and deprive them of the means to commit attacks.

June 2015	Commission proposes first set of Common Risk Indicators concerning foreign terrorist fighters
October 2015	Commission develops guidance on protection of soft target areas
18 November 2015	Commission proposes revision of the Firearms Directive
2 December 2015	Commission proposes new Directive on Combatting Terrorism Action Plan against illicit trafficking in and use of firearms and explosives
15 December 2015	Commission adopts the Implementing Regulation on common standards for the deactivation of firearms
1 January 2016	Launch of the European Counter Terrorism Centre
2 February 2016	Action Plan on strengthening the fight against terrorist financing
5 July 2016	Commission revises 4th Anti-Money Laundering Directive
14 July 2016	Commission adopts list of third countries with deficiencies in fighting money laundering and terrorist financing
29 September 2016	Commission steps up implementation of rules on explosive precursors, launching infringement procedures

Quelle: ec.europa.eu

Zweitens: Verbesserung des Informationsaustauschs, Verstärkung der Sicherheitssysteme und Erhöhung der Sicherheit an den Außengrenzen:

- Zur wirksameren Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität leitete die Kommission außerdem im September Vertragsverletzungsverfahren gegen die Mitgliedstaaten ein, die
- die **Prümer Beschlüsse** noch nicht umgesetzt hatten (Kroatien, Griechenland, Irland, Italien und Portugal).

Die Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Brüssel informiert



- Ferner wird die Kommission die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, damit das Europol angegliederte **Europäische Zentrum zur Terrorismusbekämpfung** den Mitgliedstaaten rund um die Uhr Unterstützung leisten kann.
- Die Arbeit der **hochrangigen Expertengruppe**, die von der Kommission im April 2016 eingesetzt wurde, um sich mit den rechtlichen, technischen und operativen Aspekten der verschiedenen Optionen für die Herstellung einer größeren Interoperabilität von Informationssystemen zu befassen, muss beschleunigt werden. Die Kommission wird im Laufe der kommenden Monate ihre Zwischenergebnisse dem Rat und dem Europäischen Parlament vorlegen.
- Des Weiteren wird an dem Legislativvorschlag der Kommission für ein **EU-weites Reiseinformations- und Genehmigungssystem (ETIAS)** gearbeitet, der vorherige Überprüfungen von der Visumpflicht befreiter Drittstaatsangehöriger, die in den Schengen-Raum reisen, vorsieht. Der Vorschlag soll bis November vorgelegt werden.
- Um für mehr Sicherheit an den EU-Außengrenzen zu sorgen, muss zudem zügig über den Kommissionsvorschlag zu systematischen Überprüfungen von EU-Bürgern bei der Ein- und Ausreise an den Außengrenzen, der bis Ende 2016 angenommen werden soll, verhandelt und ein **Einreise-/Ausreise-System (EES)** der EU eingerichtet werden.

[security/legislative-documents/docs/20161012/first_progress_report_towards_an_effective_and_genuine_security_union_en.pdf](https://ec.europa.eu/security/legislative-documents/docs/20161012/first_progress_report_towards_an_effective_and_genuine_security_union_en.pdf)

Weiterführende Informationen:

Pressemitteilung:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-16-3367_de.htm?locale=FR

Mitteilung der Kommission:

<http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/policies/european-agenda->

Kontakt: poststelle@lv-eu.nrw.de

Seite 3